



Plassnik- Appell an Iran zur Verbesserung der Frauenrechte



Aus Anlass des Jahrestages der gewaltsamen Unterdrückung einer Frauenrechtsdemonstration am 12. Juni 2006 in Teheran hat Österreichs Aussenministerin Ursula Plassnik den Iran zur Einstellung aller Verfahren gegen Frauenrechtsaktivistinnen aufgerufen, die sich für eine Beseitigung diskriminierender Gesetze einsetzen. "Der Einsatz dieser Frauen ist beeindruckend und verdient unsere nachhaltige Unterstützung", sagte sie. **Seite 4**



EU verschärft Sanktionen gegen Iran

Der Atomstreit zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft spitzt sich weiter zu:

Die Europäische Union hat ihre Sanktionen verschärft - und die Gelder der grössten iranischen Bank auf Eis gelegt.

Der EU-Ministerrat hat in Brüssel beschlossen, iranische Vermögen in der EU einzufrieren. Vor allem der iranischen Grossbank Melli, über die ein wesentlicher Teil der Geschäftsbeziehungen zwischen europäischen und iranischen Firmen läuft, wurde damit die weitere Arbeit an den Standorten in Hamburg, London und Paris unmöglich gemacht. Über die Höhe der iranischen Vermögen in der EU gab es zunächst keine Angaben. Die Hamburger Filiale war nach Angaben einer Bank-Sprecherin am Montag noch nicht über Sanktionen informiert.

Seite 2



Fünf Jahre Haft für eine Studentin

Seite 3



Iranischer Rekord bei Gefängnis- insassen

Seite 5



177 Minderjährige im Iran zum Tode verurteilt

Seite 6

Berlin beklagt "organisierte Verfolgung" der Bahai im Iran

Seite 7

EU verschärft Sanktionen gegen Iran

Der Atomstreit zwischen Iran und der internationalen Gemeinschaft spitzt sich weiter zu: Die Europäische Union hat ihre Sanktionen verschärft - und die Gelder der grössten iranischen Bank auf Eis gelegt.

Der EU-Ministerrat hat in Brüssel beschlossen, iranische Vermögen in der EU einzufrieren. Vor allem der iranischen Grossbank Melli, über die ein wesentlicher Teil der Geschäftsbeziehungen zwischen europäischen und iranischen Firmen läuft, wurde damit die weitere Arbeit unmöglich gemacht.



Das Institut unterhält seine Filiale in Hamburg, London und Paris und wird verdächtigt, das Atomprogramm mitzufinanzieren.

Die USA haben das Vermögen der Bank Melli in den Vereinigten Staaten bereits 2007 auf Eis gelegt.

Über die Höhe der iranischen Vermögen in der EU gab es zunächst keine Angaben. Die Hamburger Filiale war nach Angaben einer Bank-Sprecherin am Montag noch nicht über Sanktionen informiert.

Der Beschluss der zuvor im Kreis der EU-Botschafter ausgehandelten Sanktionsverschärfungen erfolgte ohne Diskussion. Die Staatsbank Melli gehört zu einer Reihe von Finanzinstitutionen, deren Vermögen eingefroren wurde. Zudem wurde die Liste jener Iraner, die nicht in die EU einreisen dürfen erweitert. Die Liste der betroffenen Institutionen und Einzelpersonen soll erst an diesem Dienstag veröffentlicht werden. EU-Diplomaten sagten, es handele sich um "ergänzende Massnahmen" zu den Iran-Resolutionen des Weltsicherheitsrates. Der UN-Sicherheitsrat hatte im März dieses Jahres in alle Staaten zur "Wachsamkeit" gegenüber der Bank Melli und der Bank Saderat aufgefordert, um "Aktivitäten zu verhindern, die zur Weiterverbreitung kritischer Nuklearaktivitäten führen könnten".

Iranische Gegenmassnahmen nicht ausgeschlossen

Nach der Verschärfung der Sanktionen wurde in EU-Kreisen in Brüssel nicht ausgeschlossen, dass Teheran Gegenmassnahmen ergreift. Sollte der Iran seine Zahlungen an deutsche Unternehmen einstellen, könnten auf den Bund voraussichtlich Haftungsansprüche aus Hermes-Exportbürgschaften in Höhe von mehreren Milliarden Euro zukommen, hiess es. Die EU hatte bereits am 10. Juni nach einem Gipfeltreffen mit US-Präsident George W. Bush im slowenischen Brdo "ergänzende Massnahmen" zu den UN-Sanktionsbeschlüssen angekündigt. Damit solle verhindert werden, dass iranische Banken die Weiterverbreitung von Atomwaffentechnologie und den Terrorismus unterstützen. Die internationale Gemeinschaft verdächtigt Iran, mit dem Atomprogramm den Bau von Nuklearwaffen zu beabsichtigen. Die Regierung in Teheran bestreitet dies - und verweist darauf, dass das iranische Atomprogramm nur der Energiegewinnung diene.

Iran transferiert Milliarden

Aus Angst vor einem Einfrieren seiner Vermögenswerte hat der Iran einem Medienbericht zufolge rund 75 Mrd. Dollar von europäischen Banken abgezogen. Die Summe sei auf Anweisung von Präsident Mahmud Ahmadinejad zurück in den Iran transferiert worden, berichtete die iranische Wochenzeitung "Schahrwand-e Emrus".

Unter Berufung auf ein hochrangiges Regierungsmitglied hiess es, iranisches Vermögen bei europäischen Banken sei teils in Gold und Aktien umgewandelt und teils bei asiatischen Instituten angelegt worden.

Auch bei Wertpapiere löste der Iran seine Aktien in Deutschland auf. Wie aus Daten der Bundesbank hervorgeht, hat das Land allein im ersten Quartal dieses Jahres per saldo deutsche Aktien, Investmentzertifikate und Anleihen im Wert von 11 Millionen Euro verkauft. Auch 2007 überstieg der Wert der Verkäufe jenen der Käufe um 22 Millionen Euro. Wirtschaftliche Erwägungen allein können die Auflösung der Depots laut Experten nur schwer erklären.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Alle anderen ausländischen Investoren haben im gleichen Zeitraum massiv Geld nach Deutschland gebracht. Im ersten Quartal flossen per saldo 7,7 Milliarden Euro aus dem Ausland in die heimische Wertpapiermärkte. Auch Iran hatte noch im Jahr 2005 seine Bestände in Deutschland um 214 Millionen Euro aufgestockt. Vermutet wird, dass die Angst vor neuen Finanzsanktionen für die Auflösung der Depots verantwortlich ist.

Kommentar:

Kriegsvorbereitungen oder Wirtschaftskrieg?

Von Paul Müller



Der Iran soll in den vergangenen Tagen umfangreiche Bargeldreserven aus dem Ausland abgezogen haben.

Parallel dazu nehmen die Kriegsgerüchte am persischen Golf erneut zu. Ob es sich bei dem währungspolitischen Schachzug um eine Vorsichtsmassnahme, eine Kriegsvorbereitung oder eine Form des Wirtschaftskrieges handeln könnte, bleibt Spekulation.

Spekuliert wird derweil über die Grüne für die Entscheidung des Irans. Immerhin hatten sich die USA und die Europäische Union auf ihrem Gipfel in Slowenien faktisch auf neuer Sanktionen geeinigt, sollte der Iran die Forderungen der „internationalen Gemeinschaft“ nicht erfüllen. Diese laufen auf ein Ende des iranischen Atomprogramms hinaus, dürften jedoch auch auf einen Regimewechsel in Teheran zielen. Bei seinem Besuch in Meseberg bei Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte Bus, wie auch seine Gastgeberin, die Blockadedrohungen erneuert. Teil eines solchen Paketes, welches, wie Merkel erklärte, vor der UNO „verhandelt“ werden müsste, dürfte das Einfrieren von Auslandskonten sein.

Ob der Iran lediglich die Auslandsgelder in Sicherheit bringen will, oder davon ausgeht, die Summe bald für seine Verteidigung zu benötigen, ist unklar. Seit der vergangenen Woche, als Israels Premier Ehud Olmert in Washington mit Bush offenbar das weitere Vorgehen gegen den Iran

besprach, mehren sich erneut Befürchtungen vor einem bevorstehenden Krieg.

Denkbar ist jedoch aus, dass der Iran mit seiner Massnahme Druck auf die Vereinigten Staaten ausüben will. Deren Bankensystem ist durch die anhaltende Kreditkrise ohnehin angeschlagen und könnte durch den schnellen Abzug einer grösseren Summe erneut geschwächt werden. Zumal sich Gerüchte über eine Eskalation der Lage auch auf den weiterhin hohen Ölpreis auswirken dürften. Irans Präsident Mahmud Ahmadinejad erteilte derweil Forderungen nach einem Ende der Urananreicherung eine Absage.

In den kommenden Tagen will nun der EU-Aussenbeauftragte Javier Solana in Teheran erneut mit der dortigen Führung verhandeln. Welchen Sinn diese Gespräche haben, ist unklar. Immerhin erinnert der Umgang mit dem Iran auf westlicher Seite zunehmend an die Behauptungen über das irakische Atomprogramm vor dem Überfall auf das Land im Jahre 2003. Einen Krieg, den Bush in Meseberg erneut rechtfertigte. □

Schlag gegen die Frauen



Im Iran muss eine Studentin fünf Jahre in Haft - sie kämpft für Frauenrechte.

Die 21-Jährige unterstützte die "Eine-Millionen-Unterschriften"-Kampagne, die für

eine rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen eintritt.

Sie gefährde Irans "nationale Sicherheit" durch ihre Beteiligung an "Verbrechen". Mit dieser Begründung verurteilte ein Revolutionsgericht in der kurdischen Stadt Sanandadsch Hana Abdi zu fünf Jahren Gefängnis. Selbst in einer Zeit massiver Repression ist dieses Urteil aussergewöhnlich hart. Laut ihrem Anwalt erhielt Abdi die "Maximalstrafe". Das Urteil habe sich ausschliesslich auf Verhöre während ihrer siebeneinhalb Monate langen Gefangenschaft gestützt, in denen sie gefoltert worden sei. ➔

Iran ist kein Rechtsstaat!

Hana Abdi wurde vor 21 Jahren im iranischen Kurdistan geboren, einer Region, die seit Generationen unter schwerer ethnischer und religiöser Diskriminierung durch iranische Regierungen leidet. Hana Abdi lebt in einer Welt, in der sie als Frau und als Kurdin unterdrückt wird. Stärker als in manchen anderen Teilen des Iran bestimmen hier alte Traditionen, auch Gewalt gegen Frauen, das Leben. Zugleich werden Kurden schnell von der Regierung als "Verräter" gebrandmarkt.

Abdi hatte sich der vor zwei Jahren von iranischen Frauen ins Leben gerufenen "Kampagne für eine Million Unterschriften" angeschlossen, um mehr Rechte für die Frauen durchzusetzen. Die Aktivistinnen wollen unter anderem, dass die barbarische Steinigung abgeschafft, der Gewalt gegen Frauen Einhalt geboten und insgesamt der Diskriminierung ein Ende gesetzt werden soll. Abdi sammelte Unterschriften und schloss sich einer Vereinigung kurdischer Frauen an, die Bildungs-Workshops und Sportveranstaltungen für Frauen anbietet.

Abdi, ihre Familie und ihr Anwalt weisen den richterlichen Vorwurf zurück, sie hätte Kontakte zu der iranischen "Partei für das freie Leben Kurdistans" unterhalten, die der türkisch-kurdischen Guerillabewegung PKK nahesteht. Ihr und ihren Gesinnungsgenossinnen "geht es weder um den Sturz des Regimes oder irgend eine Verletzung von Gesetzen. Es geht nicht einmal um politischen Aktivismus oder eine Herausforderung der Religion", sagt Roja Bandari, ein führendes Mitglied der "Kampagne für eine Million Unterschriften". Sie rebellierten ausschliesslich gegen das Patriarchat. "Es geht darum, Frauen im Iran Wissen und Selbstvertrauen zu vermitteln, indem sie Gedanken und ihre Lebenserfahrungen austauschen. Patriarchat bedeutet Schweigen angesichts von Gewalt und Diskriminierung". Genau das will das Regime durch das harte Urteil gegen die junge Frau beispielhaft erzwingen. Amnesty International hat Hana Abdi als "Gewissensgefangene" adoptiert.

Dem Regime in Teheran ist die Kampagne, die iranische Frauen im August 2006 begannen, ein Dorn im Auge. „Sie fürchten eine lila Revolution“,

sagt eine der Aktivistinnen, die namentlich nicht genannt werden will. Obwohl das Sammeln von Unterschriften auch im Iran an sich keine Straftat ist, sind immer wieder Frauen bedrängt oder verhaftet worden, die in Parks oder Friseursalons eben dies getan haben. Vor allem junge Frauen waren darunter, „um andere einzuschüchtern und ruhig zu halten“, sagt die Aktivistin. Bisher wurden die meisten von ihnen dann nach einigen Tagen oder Wochen wieder frei gelassen oder zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Das reicht aus, um sie und ihre Familien stark unter Druck zu setzen.

Jetzt wächst nun unter Irans Frauenrechtlerinnen auch die Sorge um die Studentin Ronak Saffarzadeh. Sie war im vergangenen Herbst kurz vor Hana Abdi festgenommen worden. Ihr Verfahren läuft noch. □

Plassnik-Appell an Iran zur Verbesserung der Frauenrechte



"Tradition kann niemals eine Ausrede sein": Beseitigung diskriminierender Gesetze gefordert - Besorgnis auch über Lage der Minderheiten und Kinderrechte

Wien - Aus Anlass des Jahrestages der gewaltsamen Unterdrückung einer Frauenrechtsdemonstration am 12. Juni 2006 in Teheran hat Österreichs Aussenministerin Ursula Plassnik den Iran zur Einstellung aller Verfahren gegen Frauenrechtsaktivistinnen aufgerufen, die sich für eine Beseitigung diskriminierender Gesetze einsetzen.

"Frauen im Iran sind weiterhin diskriminiert und in ihren Rechten eingeschränkt. Frauenrechtsaktivistinnen wie die Unterstützerinnen der 'One Million Signatures'-Kampagne sind besonders exponiert. Sie werden immer wieder verhaftet und verurteilt, weil sie friedlich für ihre Rechte eintreten", so Plassnik in einer Aussendung am Donnerstag. Sie forderte die Ministerin die iranische Regierung auf, den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und der Frauenrechte zu gewährleisten. ➔

Iran ist kein Rechtsstaat!

"Der Einsatz dieser Frauen ist beeindruckend und verdient unsere nachhaltige Unterstützung. Anstatt Mitglieder von Frauenorganisationen zu verfolgen, sollte die Regierung ernsthafte Massnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen ergreifen. Auch der Iran kann es sich nicht leisten, auf 50 Prozent des Potentials seiner Gesellschaft zu verzichten", urgierte Plassnik.

Allgemein habe sich die Menschenrechtssituation im Iran besorgniserregend verschlechtert. Besonders die fortgesetzte Verhängung von Todesurteilen gegen jugendliche Straftäter durch iranische Gerichte führe dies drastisch vor Augen. Aber auch religiöse Minderheiten, wie etwa die Angehörigen der Bahá'í, würden verfolgt und könnten ihre Religion nicht frei ausüben.

So befinden sich derzeit sieben führende Angehörige der Bahá'í ohne Kontakt zur Aussenwelt in Haft. "Freiheit der Meinungsäusserung und der Religion, Frauenrechte und Kinderrechte sind universelle Rechte. Sie müssen respektiert werden. Tradition kann niemals eine Ausrede sein, um von diesen fundamentalen Menschenrechtsstandards abzuweichen", so Plassnik abschliessend. □

Iranischer Rekord bei Gefängnisinsassen



Nach verschiedenen iranischen Nachrichtenagenturen hat Ali-Akbar Yaseghi, Leiter des iranischen Gefängniswesens, erklärt, dass sich in iranischen Gefängnissen zwischen 140.000 und 150.000 Gefängnisinsassen befinden (Die Geheimgefängnisse sind dabei vermutlich nicht mitgerechnet). Er führte aus, dass der Anteil der Gefängnisinsassen an der Gesamtbevölkerung des Irans höher sei als in anderen Ländern. Von 100.000 iranischen Einwohnern befänden sich 200 im Gefängnis. Zum Vergleich: in Asien sind es 140 und in der ganzen Welt durchschnittlich 184 Gefängnisinsassen je 100.000 Einwohner.

Dr. Soltani, ein iranischer Jurist, sagte in einem Interview mit Radio Farda: "Leider produzieren unsere Gesetze selber Verbrechen. Es gibt viele

Fälle, die in der restlichen Welt keinerlei Vergehen darstellen, aber im Iran als Verbrechen bestraft werden."

Ali-Akbar Yaseghi behauptete, dass es im Iran keine politischen Gefangenen gäbe, weil dieser Begriff im iranischen Gesetz nicht definiert sei. Dr. Soltani vertritt jedoch die Auffassung, dass dieser Begriff in der iranischen Verfassung genau definiert ist.

Weiter behauptete Yaseghi, dass die Insassen in den Gefängnissen lernen und alle Schulstufen, bis hin zum Abitur, durchlaufen und nachher sogar studieren können. Frau Zeynab Peyghambarzade, die selber letztes Jahr im Ewin-Gefängnis war, berichtete in einem Interview mit Radio Farda, dass in der Frauenabteilung zwar ein Zimmer mit der Beschriftung "Universität" (Payam Nur) existiere, die Tür jedoch stets verschlossen gewesen sei.

Der Leiter des iranischen Gefängniswesens meinte bezüglich den Kindern inhaftierter Mütter, dass sie gut gepflegt würden. Mahboube Hosseinzade, Frauenrechtsaktivistin, sagte allerdings, dass die Kinder im Ewin-Gefängnis sich in einer sehr schlechten Situation befänden. Als sie selbst in diesem Gefängnis war, hatte sie persönlich erlebt, wie Kinder missbraucht wurden. □



Zanjan (Iran): Erfolgreicher Studentenprotest

Am 17. Juni 2008, konnten die über 3000 streikenden Studentinnen und Studenten der Universität Sandschan (Zanjan) einen Erfolg verbuchen. Der Rektor der Universität trat vor die Streikenden, um sich vor ihnen und vor Gott zu entschuldigen. Die Streikenden hatten unter anderem gefordert, dass der stellvertretende Rektor Dr. Hassan Madadi seines Amts enthoben wird, weil er unter Ausnutzung seiner Amtsstellung Studentinnen erpresst und vergewaltigt hatte. Der Rektor gab bekannt, dass der Beschuldigte der Justiz übergeben wurde.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Angesichts der Tatsache, dass die Streikenden immer mehr Unterstützung aus der Stadt Sandschan erhielten, bestand für die Herrschenden die Gefahr, dass auch die Stadtbevölkerung sich den Protesten anschliessen würde, wenn sie nicht reagierten.

Allerdings ist das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen. Eine unabhängige Justiz gibt es im Iran nicht, und es ist gut möglich, dass der mutmassliche Täter stillschweigend wieder laufen gelassen wird. Und zu denken gibt die Tatsache, dass in einer Zeitschrift der Pasdaran (Revolutionswächter) darauf hingewiesen wird, dass gewisse Kräfte an den Unis Unruhen schüren wollen und Studenten extremistischen Aktivitäten nachgingen. Da man annehmen darf, dass der inhaftierte Vize-Rektor eng mit den Pasdaran zusammenarbeitet, verheisst das nichts gutes für die aktiven Studenten, die in der Folge selbst Opfer politisch motivierter Verhaftungen werden könnten.



Sitzstreik in einer Universität für Lehramtsstudenten



Die Studenten an der Teheraner Universität für die Ausbildung zum Lehramt haben einen Sitzstreik begonnen. Dieser Sitzstreik hat seine Ursache in verschiedenen

Mängeln beim Lehrbetrieb sowie in der schlechten Qualität des Mensaessens.

50 StudentInnen von ihnen haben mit einem Hungerstreik begonnen. Die Sicherheitskräfte und die Polizei haben die Universität umstellt und abgeriegelt. Am einen Abend haben sich 800 StudentInnen gesammelt und sind zum Studentinnenheim gezogen. Unterwegs wurden viele Parolen gegen die Polizei und die Sicherheitskräfte gerufen.

Die Sicherheitskräfte haben nun die Verbindung zwischen den 800 DemonstratInnen und den Hungerstreikenden unterbrochen, so dass die Hungerstreikenden isoliert sind.

Ausserdem haben die Sicherheitskräfte und Polizei den Eltern der StudentInnen gedroht, dass ihre Kinder festgenommen und vor Gericht gebracht werden, sollten sie weiter streiken.

177 Minderjährige im Iran zum Tode verurteilt



In den letzten zehn Jahren wurden 177 Minderjährige im Iran zum Tode verurteilt – knapp 30 wurden bisher auch hingerichtet. Der jüngste unter den Todeskandidaten ist erst zwölf Jahre alt. Ein Sprecher des iranischen Justizministeriums dementierte zunächst die Verurteilung Minderjähriger. Allerdings räumte er ein, dass im Rahmen der islamischen Blutrache, der Qisas, Ausnahmen bestünden.

Im Iran wurden in den vergangenen zehn Jahren laut dem Bericht einer Menschenrechtsorganisation 177 Minderjährige zum Tode verurteilt. Knapp 30 von ihnen seien hingerichtet worden, die Übrigen warteten immer noch in Gefängnissen auf die Vollstreckung des Urteils, erklärte die Internationale Kampagne für Menschenrechte im Iran am Dienstag. Der jüngste unter den Häftlingen war bei seiner Verurteilung 2005 nur zwölf Jahre alt.

Die Menschenrechtsorganisation forderte die Verhängung von internationalen Sanktionen. Nur dies würde dem Iran zeigen, „dass es kein normales Verhältnis zum Rest der Welt geben kann, solange diese Barbarei anhält“, sagte Aaron Rhodes, ein Sprecher der Gruppe in Wien. Viele der Verurteilungen beruhten ausserdem auf Geständnissen, die nur durch Folter zustande gekommen seien.

Mehr als zwei Drittel aller Hinrichtungen von Minderjährigen weltweit fänden im Iran statt.

Auch Amnesty International kritisiert den Iran deswegen heftig. Dort seien „seit 1990 mehr Jugendliche hingerichtet worden als in jedem anderen Land der Welt“, hiess es im Jahresbericht 2007. Ein Sprecher des Teheraner Justizministeriums erklärte, dass keine Minderjährigen hingerichtet würden. Allerdings bestünden im Rahmen der islamischen Blutrache, der Qisas, Ausnahmen, räumte er ein.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Elf Jahre Haftstrafe gegen kurdischen Journalisten im Iran

Der kurdische Journalist Mihemed Sediq Kebudwend ist im Iran wegen der Gründung der Menschenrechtsorganisation Ostkurdistan (RMMK) zu einer Haftstrafe von elf Jahren verurteilt worden. Kebuwend, der bis zum Verbot im Jahr 2004 Herausgeber der Wochenzeitung Peyame Merdome Kurdistan war, ist vor einem Jahr bei einer Razzia in seiner Wohnung in Teheran festgenommen und im Gefängnis Evin inhaftiert worden. □

Deutscher wollte Iran Raketentechnologie liefern

Wegen versuchten Schmuggels von Raketentechnologie in den Iran hat die Bundesanwaltschaft einen 62-jährigen Deutschen festnehmen lassen.

Der Beschuldigte Hans-Josef H. soll als Geschäftsführer einer in Rheinland-Pfalz ansässigen Firma gegen das Aussenwirtschaftsgesetz verstossen haben, wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mitteilte.

Lieferung offenbar verhindert

Dem 62-Jährigen wird vorgeworfen, im Zeitraum von Mai 2007 bis Juni 2008 trotz des Iran-Embargos ein „Umgebungsgeschäft“ organisiert zu haben. Dabei habe er mit einem türkischen Geschäftspartner die Ausfuhr „proliferations-relevanter Ware“ in den Iran verabredet, und zwar an einen in der Iran-Embargo-Verordnung gelisteten Empfänger. Die Lieferung des „zum Raketenbau nutzbaren Materials“ habe durch die Festnahme verhindert werden können. Unter Proliferation versteht man die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen oder ihren Trägersystemen wie Raketen.

Die Festnahme erfolgte bereits am Freitag durch Beamte des Zollkriminalamtes. Der Beschuldigte wurde dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes (BGH) vorgeführt, der auf Antrag der Bundesanwaltschaft Haftbefehl erliess. □

Misshandlungen an Christliches Ehepaar im Iran



Im Iran ist ein vom Islam zum Christentum übergetretenes Ehepaar von der Geheimpolizei vorübergehend verhaftet und gefoltert worden. Der Vorwurf: Unerlaubte Aktivitäten gegen die heilige Religion des Islam und gegen die nationale Sicherheit.

Das Ehepaar besucht eine Hauskirchengemeinde und veranstaltet in seiner Wohnung in Teheran regelmässig Bibelstunden. Am 3. Juni wurden die 28-jährige Tina Rad und ihr 31-jähriger Ehemann Makan Arya festgenommen. Sie sollen in ihre Bibelstunden auch Muslime eingeladen und versucht haben, diese zu missionieren. Das Ehepaar sei in einem Gefängnis festgehalten und dort misshandelt worden, so Compass Direct. Die vierjährige Tochter der beiden hätten die Polizisten allein und unbeaufsichtigt in der Wohnung zurückgelassen. Nach vier Tagen sei das Ehepaar gegen eine Kaution von umgerechnet rund 32.000 Euro freigelassen worden. Die Geheimpolizei habe den beiden jedoch geraten, „mit ihrem Jesus aufzuhören“. Anderenfalls drohe ihnen das nächste Mal eine Klage wegen Abfalls vom Islam. Das kann unter den strengen islamischen Gesetzen in Iran die Todesstrafe zur Folge haben. □

Berlin beklagt "organisierte Verfolgung" der Bahai im Iran

Berlin - Die deutsche Bundesregierung hat eine "organisierte Verfolgung" der Bahai im Iran beklagt. Seit dem Amtsantritt von Präsident Mahmud Ahmadinejad häuften sich die Übergriffe auf die Bahai, die mit 300.000 Anhängern die grösste nichtmuslimische Gemeinschaft im Iran seien. So habe der iranische Geheimdienst im Mai in zwei Verhaftungswellen die gesamte Führung der Bahai verhaftet.

Nach Angaben des deutschen Aussenamts verstärkte der iranische Inlandsgeheimdienst die Verfolgung in den vergangenen Wochen deutlich. In Medien und Moscheen werde gegen die ➔

Minderheit gehetzt und gepredigt. Parallel dazu konstruiere die iranische Führung eine Verbindung der Bahai zum Westen und zu Israel. Anlass zu schlimmsten Befürchtungen gebe zudem das geplante Apostasiegesetz, das derzeit das Parlament in Teheran berate. Es sehe vor, den "Abfall vom Islam" mit dem Tod zu bestrafen.



Drohender US-Krieg gegen Iran

New York Times berichtet von Angriffsplänen der Bush-Administration im August 2008

Von Rainer Rupp

Das am schlechtesten gehütete Geheimnis in Washington ist die Tatsache, dass Bush und sein Vizepräsident Dick Cheney nach einem Vorwand suchen, um Bomben- und Raketenangriffe gegen Iran anzuordnen.

Das schrieb der langjährige, hochrangige CIA-Mitarbeiter Ray McGovern, der vor dem Hintergrund von Bushs Irak-Kriegslügen gemeinsam mit einer Gruppe ehemaliger Kollegen zu einem der schärfsten Kritiker der Kriegstreiber im Weissen Haus geworden ist. Unter Berufung auf Insider berichtete die New York Times, dass die Bush-Administration für August einen Angriff gegen Iran plant. Hierzu habe es von der Regierung bereits eine Einweisung für die führenden Mitglieder des Geheimdienstausschusses des US-Senats gegeben.

Widerstand gegen die Kriegspläne sei laut New York Times nur von den beiden Senatoren Feinstein (Demokraten) und Lugar (Republikaner) gekommen. Die Sprecher der beiden Senatoren haben aber inzwischen den Bericht dementiert. Dennoch halten sich hartnäckig die Gerüchte und Befürchtungen weiter, dass ein neuer Krieg unmittelbar bevorsteht. Massgeblich trägt dazu die Tatsache bei, dass Bush nach dem Irak-Krieg öffentlich versprochen hat, das Iran-Problem vor Ende seiner Amtszeit zu »lösen«, und zwar »mit allen Mitteln«, friedlich oder anders. Dies sehe Bush, so der politische Enthüllungsjournalist

Seymour Hersh, als seine »gottgegebene Aufgabe« an.

Da nach ihm kein US-Präsident das Wagnis eingehen würde, Iran anzugreifen, wird Bush insbesondere von der Rüstungsindustrie, von neokonservativen Strategen, von der eng mit der Bush-Regierung liierten israelischen Regierung, von der Stammwählerschaft der Bush-Regierung: den evangelikalen Fundamentalisten und von den grossen erzkonservativen Medien angetrieben. Diesbezüglich geht jedoch ein Riss sowohl durch Bushs republikanische als auch durch die oppositionelle demokratische Partei. In letzterer hatte der zionistische, ehemalige demokratische Senator Joseph Lieberman im vergangenen Herbst mit einer parlamentarischen Initiative den Weg freigemacht, um wegen eventueller »terroristischer« Aktivitäten militärisch gegen die iranische Regierung vorzugehen.

Hillary Clinton hatte gedroht: »Wir werden Iran auslöschen«. Anderserseits hat der einflussreiche demokratische Senator Joseph Biden Bush gewarnt, dass ein Krieg gegen Iran ohne Zustimmung des Kongresses ein Amtsenthebungsverfahren (Impeachment) nach sich führen werde.

Seit drei Jahren wird von verschiedenen Seiten immer wieder von einem unmittelbar drohenden Krieg gegen den Iran gewarnt. In Reaktion darauf verschärft die Bush-Administration regelmässig ihre Anti-Iran-Rhetorik. So behauptete ein Mitarbeiter der israelischen Regierung während Bushs jüngstem Besuch in Israel, dass ein hochrangiges Mitglied aus seiner Begleitung von Angriff auf Iran vor Ende der Amtsperiode berichtet habe. Ein solcher Angriffsplan wurde inzwischen vom Weissen Haus dementiert. Derweil warnen prominente US-Politiker wie Zbigniew Brzezinski erneut vor einer bevorstehenden, von den USA nach dem Vorbild des »Golf von Tonking« inszenierten Ereignisses, um einen Angriffskrieg gegen Iran zu rechtfertigen. Beobachter der Washingtoner Politik nehmen an, dass durch die Initiierung eines Iran-Kriegs militärische Fakten geschaffen werden sollen, die auch den Nachfolger Bushs, egal wer es wird, auf die Fortführung der bisherigen Kriegspolitik festlegen. Gestoppt werden könnte der Krieg jedoch noch durch eine Welle des öffentlichen Protestes. ■